

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

17. WP - 37. Sitzung

am Donnerstag, dem 13. Januar 2011, 10 Uhr,
im Konferenzsaal (Sitzungszimmer 142)

Anwesende Abgeordnete

Peter Sönnichsen (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Olaf Schulze (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Katharina Loedige (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Birgit Herdejürgen (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Sachstandsbericht des Finanzministers über die Verhandlungen zur Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen	5
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Landesrechnungshof Schleswig-Holstein	6
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1066 (überwiesen am 15. Dezember 2010)	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz)	7
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1100 (überwiesen am 17. Dezember 2010 an den Innen- und Rechtsausschuss , den Finanzausschuss , den Wirtschaftsausschuss , den Europaausschuss und den Sozialausschuss ; Verfahrensfragen)	
4. Schulbericht 2009 des Landesrechnungshofs	8
hierzu: Umdrucke 17/1237 und 17/1534 (Bildungsausschuss und Sozialausschuss empfehlen Kenntnisnahme)	
5. Medizinstudienplätze an den Universitäten Kiel und Lübeck	9
(Drucksache 17/377 und Landtagsbeschluss vom 19. März 2010) hierzu: Umdrucke 17/1238 und 17/1652 Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Umdruck 17/1581 (Der Bildungsausschuss empfiehlt Annahme des Antrags Umdruck 17/1581)	

6. Wertgrenzen dauerhaft anheben 11

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/504

(überwiesen am 20. Mai 2010 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Finanzausschuss)

Änderungsantrag von CDU und FDP
Umdruck 17/1750

7. Information/Kenntnisnahme 12

Umdruck 17/1608 - Zuschüsse an die dänischen Schulen
Umdruck 17/1611 - Wesentliche Veränderungen in der Nachschiebeliste
Umdruck 17/1612 - Unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen
Umdruck 17/1627 - Grundstücksangelegenheiten
Umdruck 17/1628 - Justizvollzugsanstalten
Umdruck 17/1629 - Innenrevision an den Flensburger Hochschulen
Umdruck 17/1630 - Ressortdeckung für Statistiken
Umdruck 17/1631 - Soziale Dienste der Justiz
Umdruck 17/1662 - Beschlüsse der 24. Veranstaltung „Jugend im Landtag“
Umdruck 17/1668 - Küstenschutzabgabe
Umdruck 17/1702 - Finanzierung der Landwirtschaftskammer
Umdruck 17/1703 - Anstalt Schleswig-Holsteinischer Landesforsten
vertraulicher Umdruck 17/1734 - Zentrale IT-Beschaffung

8. Verschiedenes 14

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht des Finanzministers über die Verhandlungen zur Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen

M Wiegard informiert den Ausschuss, man habe sich am 17. Dezember 2010 mit dem Bundesfinanzministerium über den Inhalt einer Verwaltungsvereinbarung zur Konsolidierungshilfe von jährlich 80 Millionen € verständigt. Es sei nicht gelungen, den Bund davon abzubringen, das in der EU angewendete Konjunkturbereinigungsverfahren anzuwenden. Das Bundeswirtschaftsministerium lege jährlich die sogenannte Produktionslücke fest (Differenz zwischen dem wirtschaftlichen Potenzial und der tatsächlich erreichten wirtschaftlichen Leistung), daraus würden die Auswirkungen auf die steuerlichen Einnahmen errechnet. Man werde in einer Protokollnotiz zur Verwaltungsvereinbarung deutlich machen, dass man dieses Verfahren für nicht geeignet halte.

Schleswig-Holstein werde jeweils im Mai im Zusammenhang mit der Steuerschätzung die Vorgaben für die Kennzahlen für die Haushaltsaufstellung für das Folgejahr und für das übernächste Jahr erhalten. Außerdem sehe die Verwaltungsvereinbarung eine Revisionsklausel, eine Bagatellgrenze und die Berücksichtigung von Sondereffekten auf der Einnahmeseite vor. Offen sei noch, wie die Konjunkturkomponente für 2012 aussehen werde. Die Verwaltungsvereinbarung solle dem Finanzausschuss im Februar 2011 zur Zustimmung vorgelegt und im März von Bund und Ländern geschlossen werden. Schleswig-Holstein habe seine Haushalts- und Finanzplanung dem Evaluationsausschuss vorgelegt. Wenngleich die Schwellenwerte zum Teil überschritten würden und nach den Kennziffern eine Haushaltsnotlage drohe, seien der beschlossene Doppelhaushalt und die Finanzplanung das geeignete Konzept, diese Notlage abzuwenden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Landesrechnungshof Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1066

(überwiesen am 15. Dezember 2010)

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 17/1066 unverändert anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1100

(überwiesen am 17. Dezember 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Europaausschuss und den Sozialausschuss; Verfahrensfragen)

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den Gesetzentwurf Drucksache 17/1100 (neu) zur Beratungsgrundlage zu erklären. Bei Enthaltung der LINKEN empfiehlt er, im März 2011 eine gemeinsame Anhörung durchzuführen. Einstimmig fordert er die Landesregierung auf, die Ausschüsse schriftlich über die Haltung der anderen Bundesländer zur Neuordnung des Glücksspiels zu unterrichten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Schulbericht 2009 des Landesrechnungshofs

hierzu: Umdrucke 17/1237 und 17/1534

(Bildungsausschuss und Sozialausschuss empfehlen Kenntnisnahme)

Abg. Heinold würdigt den Schulbericht, der sehr viele gute Strukturanregungen enthalte, und äußert, sie vermisse die Bereitschaft der Koalitionsfraktionen, sich ernsthaft mit den Vorschlägen des Rechnungshofs auseinanderzusetzen und die Strukturen im Schulbereich zugunsten der Bildung insgesamt zu straffen.

Abg. Koch entgegnet, dass die Anregungen des Rechnungshofs in den Beratungen der Koalitionsfraktionen sehr wohl eine Rolle spielten.

Der Finanzausschuss nimmt den Schulbericht 2009 des Landesrechnungshofs zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Medizinstudienplätze an den Universitäten Kiel und Lübeck

(Drucksache 17/377 und Landtagsbeschluss vom 19. März 2010)

hierzu: Umdrucke 17/1238 und 17/1652

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP

Umdruck 17/1581

(Der Bildungsausschuss empfiehlt Annahme des Antrags Umdruck 17/1581)

Abg. Weber kritisiert, dass die Koalitionsfraktionen nach Vorlage des Hochschulpolitischen Konzepts und vor der Entscheidung des Wissenschaftsrats zur Hochschulmedizin einen Punkt aufgreifen und beschließen wollten, der hochschulpolitische und hochschulrechtliche Fragen aufwerfe, die erst geklärt werden müssten. Die SPD werde einer Reduzierung der Zahl der klinischen Studienplätze nicht zustimmen, ohne das Gesamtkonzept zur Hochschulmedizin zu kennen.

Abg. Koch erinnert an das vom Landtag beschlossene Votum (Drucksache 17/377) und begrüßt das Votum des Bildungsausschusses, mit dem der Regierung für ihre Arbeit gewisse Leitlinien an die Hand gegeben würden.

Abg. Heinold bemängelt, dass die Empfehlung des Bildungsausschusses keine fachliche Stellungnahme in dem Sinne sei, dass sie die Auswirkungen einer Reduzierung der Studienplätze im klinischen Bereich aufzeige. Sie fragt die Landesregierung, wie sie die Chance der Umsetzung des im Antrag niedergelegten Ziels beurteile.

Abg. Harms und Schippels äußern sich in die gleiche Richtung, ohne vernünftige Erkenntnisse könne man keine politische Entscheidung treffen.

St Dr. Andreßen antwortet, das Ministerium sei dabei, die schon länger im Raum stehende Vorgabe, die Zahl der klinischen Studienplätze zu reduzieren, möglichst rechtssicher und im Dialog mit den Betroffenen umzusetzen, und werde dem Parlament im Zusammenhang mit der Empfehlung des Wissenschaftsrats einen Vorschlag unterbreiten.

Im Wege des Selbstbefassungsrechts und im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Bildungsausschuss empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU

und FDP gegen die Stimmen von SPD, der LINKEN und SSW bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag Umdruck 17/1581 anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Wertgrenzen dauerhaft anheben

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/504

(überwiesen am 20. Mai 2010 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Finanz-
ausschuss)

Änderungsantrag von CDU und FDP
Umdruck 17/1750

Abg. Callsen bringt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen Umdruck 17/1750 ein.

Abg. Schulze und Heinold sprechen sich dafür aus, wie vereinbart erst nach Vorlage der Ergebnisse der bundesweiten Evaluation über den Antrag zu beraten und zu entscheiden.

Abg. Harms äußert sich in die gleiche Richtung und macht darauf aufmerksam, dass die Begründung für eine Anhebung der Wertgrenzen, nämlich die Konjunkturkrise, nicht mehr gegeben sei.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der LINKEN und des SSW bei Enthaltung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Wirtschaftsausschuss, den Antrag der Koalitionsfraktionen in der Fassung des Änderungsantrags Umdruck 17/1750 anzunehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 17/1608 - Zuschüsse an die dänischen Schulen
Umdruck 17/1611 - Wesentliche Veränderungen in der Nachschiebeliste
Umdruck 17/1612 - Unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen
Umdruck 17/1627 - Grundstücksangelegenheiten
Umdruck 17/1628 - Justizvollzugsanstalten
Umdruck 17/1629 - Innenrevision an den Flensburger Hochschulen
Umdruck 17/1630 - Ressortdeckung für Statistiken
Umdruck 17/1631 - Soziale Dienste der Justiz
Umdruck 17/1662 - Beschlüsse der 24. Veranstaltung „Jugend im Landtag“
Umdruck 17/1668 - Küstenschutzabgabe
Umdruck 17/1702 - Finanzierung der Landwirtschaftskammer
Umdruck 17/1703 - Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten
vertraulicher Umdruck 17/1734 - Zentrale IT-Beschaffung)

Zu Umdruck 17/1608 - **Zuschüsse an die dänischen Schulen** - bittet der Finanzausschuss das Bildungsministerium, in Zusammenarbeit mit dem Dänischen Schulverein die Höhe des Schülerkostensatzes für die Förderzentren Lernen zu erläutern, und wird das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, am 3. Februar 2011, setzen.

Abg. Weber bittet das Wissenschaftsministerium, das Ergebnis des in Umdruck 17/1629 - **Innenrevision an den Flensburger Hochschulen** - genannten Gutachtens mitzuteilen.

VP Dopp hält das Schreiben des Innenministeriums Umdruck 17/1630 - **Ressortdeckung für Statistiken** - für unbefriedigend und fordert von der Landesregierung die Umsetzung des vom Landtag im Dezember 2010 beschlossenen Votums (Drucksache 17/1075):

„Die Landesregierung wird gebeten, die Fach- und Finanzverantwortung für Statistiken mit dem nächsten Haushalt auf geeignete, insgesamt wirtschaftliche Weise in den Ressorthaushalten zusammenzuführen. Das Innenministerium sollte zudem das Statistikamt Nord auffordern, seine Kosten- und Leistungsrechnung weiter auszubauen, sodass dieses die Kosten jeder einzelnen Statistik darstellen kann.“

Der Finanzausschuss wird die Thematik auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen.

Zu Umdruck 17/1668 - **Küstenschutzabgabe** - bittet Abg. Heinold die Landesregierung, über die geplanten Schritte zur Einführung einer Küstenschutzabgabe schriftlich zu berichten.

Zu Umdruck 17/1702 - **Finanzierung der Landwirtschaftskammer** - möchte Abg. Loedige vom Landwirtschaftsministerium wissen, warum das Votum des Landtags nicht umgesetzt und die Aufgaben des Tierzuchtgesetzes nicht den Zuchtorganisationen übertragen würden.

Der Finanzausschuss wird auch dieses Thema in der nächsten Sitzung behandeln.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass das vom Wirtschaftsministerium übermittelte vertrauliche Gutachten zum Thema HSH in den nächsten zwei Wochen in der Registratur des Landtages eingesehen werden kann. Über den Geschäftsbericht im dritten Quartal wird der Unterausschuss zu gegebener Zeit beraten. Die nächste Sitzung des Finanzausschusses wird am 3. Februar 2011 stattfinden.

Abg. Heinold bittet darum, den neuen Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank im April 2011 zu einem Gespräch mit dem Finanzausschuss einzuladen.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 11:15 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer